

Netzwerk gerechter Welthandel

Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Wir wollen, dass Deutschland international zum Fürsprecher des regelbasierten Freihandels wird und den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreibt. Hierfür muss die Bundesregierung innerhalb Europas und der Welt protektionistischen Tendenzen entgegentreten und eine aktive Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und fairen Investitionsbedingungen einnehmen. Zugleich muss sie die institutionelle Verankerung einer regelbasierten Freihandelsordnung vorantreiben. Um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Handelspolitik zu erhalten, wollen wir Freihandelsabkommen so gestalten, dass – wie etwa beim EU-Japan Abkommen – nur die Zustimmung des Europäischen Parlaments, nicht aber die von nationalen und regionalen Parlamenten benötigt wird. Dabei wollen wir in der EU und weltweit gegen Marktverzerrungen vorgehen, die zum Beispiel durch stark subventionierte Staatsunternehmen entstehen. Wir setzen uns zudem für den Grundsatz der Reziprozität ein, wonach Unternehmen nur dann Zugang zum europäischen Markt haben sollten, wenn das umgekehrt auch der Fall ist.

Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Wir bekennen uns auf Grundlage der Pariser Klimaziele zum Ziel der Treibhausgasneutralität in Nordrhein-Westfalen bis 2045. Für die notwendige Begrenzung des CO₂-Ausstoßes muss auf Bundesebene und international das stärkste und sinnvollste Instrument Anwendung finden: Die Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren. Seine Ausweitung über alle Sektoren und idealerweise auch über alle Staaten dieser Erde garantiert das Einhalten des Ziels der Klimaneutralität sowie die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad. Gleichzeitig sorgt der Emissionshandel für die Suche nach den besten Lösungen zum geringsten Preis und ist damit effizient und fair. Bei der Ausweitung des Emissionshandels sind zunächst der Bund und die EU gefordert – langfristig ist jedoch klar, dass ein konsequenter Emissionshandel einer internationalen Ausweitung bedarf. Denn eine effiziente Klimapolitik gelingt nur dann, wenn global gehandelt wird. Klimaschutz ist und bleibt eine internationale Aufgabe und kann nur durch eine weltweite Zusammenarbeit vollständig erreicht werden.

Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in NRW – ein JA zu CETA ausschließt, sodass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Nein, wir wollen das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), das 2017 abgeschlossen wurde, endlich ratifizieren.